

HEUTE MIT LIPO-PARK-BEILAGE



Rubrikanzeigen  
Veranstaltungen  
Stellen  
Immobilien

ab Seite 18  
Seite 24  
ab Seite 26

**Drei Kandidaten** Fritz Franz Vogel, Thomas Keller und Markus Birk wollen Diessenhofer Stapi werden.  
Region Seite 27

**Buchautor Giampiero Reale** war unter den ersten 100 Gastarbeitern aus Italien bei Georg Fischer.  
Region Seite 23



# Schaffhauser Nachrichten

SEIT 1861

**Ausland**

## Kein NPD-Verbot in Deutschland

**KARLSRUHE** Die rechtsextreme NPD wird in Deutschland nicht verboten. Das Bundesverfassungsgericht lehnte gestern den 2013 eingereichten Verbotsantrag der Bundesländer ab. Die Partei verfolge zwar verfassungsfeindliche Ziele, sei aber bedeutungslos, so die Richter. Damit scheitert zum zweiten Mal ein Antrag auf ein NPD-Verbot.  
Seite 3

**Region**

## Die erste Frau an Hallaus Spitze

**HALLAU** Die neue Hallauer Gemeindepräsidentin Nadja Hallauer (36) sieht für die nächsten vier Jahre die Prioritäten bei den Themen Schulhaus, Kraftwerk und Finanzen, wie sie im SN-Interview erklärt. Dass sie die erste Frau in ihrem Amt ist, sei für sie nicht so wichtig. Was zähle, sei, dass die Chemie im neuen Gemeinderat stimme.  
Seite 25

**Region**

## Gericht muss Mann freisprechen

**SCHAFFHAUSEN** Von der Unschuld des Angeklagten war das Schaffhauser Kantonsgericht nicht überzeugt. Doch weil die Beweise nicht ausreichten und die Staatsanwaltschaft 2010 offenbar zu wenig gründlich gearbeitet hatte, musste es einen Mann vom Vorwurf des Diebstahls auf einem Parkplatz gestern freisprechen.  
Seite 19

**Gsaat isch gsaat**

«Wir verdienen 1.65 Franken pro Stunde.»

**Giampiero Reale**  
Der 93-jährige Gastarbeiter über seinen Lohn bei Georg Fischer im Jahre 1946.

# Schaffhausen will Steuern auch für Private senken

**Nicht nur Unternehmen, auch Private sollen von einer Steuerreform profitieren: Die Steuern sollen dank höheren Abzügen für Versicherungen sinken.**

VON ZENO GEISSELER

**SCHAFFHAUSEN** Die Schaffhauser Kantonsregierung hat gestern nochmals Werbung für die Annahme der Unternehmenssteuerreform III gemacht. Die Vorlage, über welche die Schweiz in

gut drei Wochen abstimmt, tangiere Schaffhausen viel stärker als andere Kantone, sagte Regierungspräsidentin und Finanzdirektorin Rosmarie Widmer Gysel vor den Medien. «Es gibt keine Alternative. Bei einer Ablehnung stehen 3200 Arbeitsplätze und grosse Steuereinnahmen auf dem Spiel.»

**Auf Millionenverluste folgt Anstieg**

Die Regierung hat gestern dargelegt, wie die Reform nach einem Ja im Kanton Schaffhausen umgesetzt würde und was die Folgen wären. Dabei hat sie bekräftigt, dass sie eine Gesamtsteuerbelastung für alle Unternehmen von 12 bis 12,5 Prozent anstrebe. Damit bestätigte Widmer Gysel

ein Zielband, das erstmals im Juli 2015 genannt worden war. Neu war gestern, dass der Kanton die Steuerreform auch nutzen will, um die Belastung von Privatpersonen zu senken. Diese sollen für ihre Versicherungsprämien künftig einen höheren Abzug vornehmen können und somit rund ein Prozent weniger Steuern bezahlen.

Das alles gibt es aber nicht gratis: Insgesamt rechnet die Regierung in den ersten fünf Jahren nach der Einführung der Reform mit jährlichen Ausfällen von bis zu 10,2 Millionen Franken beim Kanton und bei den Gemeinden. Danach erwartet die Regierung deutlich steigende Einnahmen.  
Mehr auf Seite 17

## Politik im Saal Warum es die Steuerreform braucht – oder nicht



**Eine muntere Debatte** haben sich gestern Abend der Schaffhauser Ständerat Hannes Germann (SVP) und die Schaffhauser Nationalrätin Martina Munz (SP) geliefert. Unter der Leitung von SN-Redaktorin Sidonia Küpfer diskutierten sie über die Unternehmenssteuerreform III. Munz sagte, dass die Schweiz keine neuen

Steuerschlupflöcher brauche. Der Mittelstand müsse letztlich Milliardenausfälle bezahlen. Germann kontierte, die Reform sei dringend notwendig, weil sonst Tausende von Arbeitsplätzen und viele Steuererträge verloren gehen könnten.  
Bild Selwyn Hoffmann  
Mehr auf Seite 17

**Europaparlament**

## Antonio Tajani folgt als Präsident auf Martin Schulz

**STRASSBURG** Der italienische Konservative Antonio Tajani wird neuer Präsident des Europaparlaments. Der Kandidat der Europäischen Volkspartei setzte sich gestern Abend in einer Stich-



wahl gegen den Sozialisten Gianni Pittella durch. Tajani erhielt 351 Stimmen, Pittella 282, wie Amtsinhaber und Sitzungsleiter Martin Schulz mitteilte. Zur Bestimmung von Schulz' Nachfolger waren im Strassburger Plenum vier Wahlgänge nötig, da sich sechs Bewerber gemeldet hatten. Schon in den ersten drei Durchgängen erhielt Tajani jeweils die meisten Stimmen, verfehlte aber die nötige absolute Mehrheit der gültigen Stimmen. In der Stichwahl gegen den zweitplatzierten Pittella genügte dann eine einfache Mehrheit zum Wahlsieg.

Zur Kampfkandidatur war es gekommen, weil eine Vereinbarung zwischen Sozial- und Christdemokraten von 2014 gescheitert war. Damals hatten sie vereinbart, dass Schulz sein Amt 2017 an einen EVP-Kandidaten abgeben würde. Die Sozialdemokraten kündigten dies jedoch auf. Tajanis EVP schiedete in letzter Minute ein Wahlbündnis mit den Liberalen, die ihren Bewerber Guy Verhofstadt zurückzogen. Damit stiegen Tajanis Chancen deutlich. (sda)  
Mehr auf Seite 5

**Weltwirtschaftsforum**

## China warnt USA vor Handelskrieg

**DAVOS** Angesichts protektionistischer Töne des künftigen US-Präsidenten Donald Trump warnt Chinas Präsident Xi Jinping vor den Folgen eines Handelskriegs. Niemand werde aus einer solchen Konfrontation als Sieger hervorgehen, sagte er gestern am Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos. «Wir wollen keine Handelskriege», konterte Trump-Berater Anthony Scaramucci. Die USA bitten nur um mehr Gleichheit in Handelsvereinbarungen. (sda)  
Mehr auf Seite 11

# May kündigt harten Brexit an

**Grossbritannien will nicht mehr Teil des europäischen Binnenmarkts sein.**

**LONDON** Die britische Premierministerin Theresa May hat in ihrer mit Spannung erwarteten Grundsatzrede zum Brexit klargestellt, dass ihr Land mit der EU einen harten Schnitt vollführen will. Grossbritannien werde nicht mehr Teil des europäischen Binnenmarkts sein. Dies gelte auch für die Zollunion. Grossbritannien müsse künftig die Freiheit besitzen, Handelsabkommen mit Staaten ausserhalb der EU abzuschliessen.

May betont, es liege nicht im Interesse des Landes, dass die EU auseinanderbreche. Die Entscheidung für den Brexit sei nicht darauf ausgerichtet, der EU zu schaden. Die Europäer würden auch künftig in Grossbritannien willkommen sein, die Briten hoffentlich auch in der EU. Über den Brexit genannten Austritt Grossbritanniens aus der EU wolle sie das britische Parlament abstimmen lassen. Sie werde das Ergebnis der Austrittsverhandlungen

mit der EU in beiden Kammern zur Abstimmung stellen, kündigt sie an.

Des Weiteren erklärte sie, dass es immer eine besondere Beziehung zum EU-Mitgliedsland Irland geben werde. Sie werde eine praktikable Lösung suchen, um die Integrität der britischen Grenzen zu sichern, aber auch um die Reisemöglichkeiten zu erhalten. May will Ende März in Brüssel offiziell das Austrittsgesuch einreichen. (sda)  
Mehr auf Seite 3

ANZEIGE

**Morgen Donnerstag Tagesmenü Nr. 3, Fr. 18.50**

Piccata di Maiale alla Milanese (Schweinschnitzel im Ei-Käse-Mantel), Spaghetti Napoli, inkl. Suppe und Salat, Dessert mittags offeriert.  
Sonntag, 22. Jan. 2017, Sminuzzato di Vitello alla Zurighese (Kalbsgeschnetzeltes Zürcherart), Röstli.

Durchgehend warme Küche

RISTORANTE · PIZZERIA

**ROMANA**

Unterstadt 18/20, 8200 Schaffhausen  
Tel. 052 624 44 89, www.romana-schaffhausen.ch

ANZEIGE

**Natürlich aus dem Eichenfass.**

**MÖHL Apfelsäfte**



MITTWOCH, 18. JANUAR 2017

**Reformator** Zu Ehren von Sebastian Hofmeister wird am Samstag in Schaffhausen eine Gedenktafel enthüllt. **Region** Seite 21

**Verkehrsberuhigung** Der Gemeinderat von Kleinandelfingen lässt für die Ortsdurchfahrt jetzt Tempo 40 prüfen. **Weinland** Seite 27

# Konsens zur Steuerreform nicht in Sicht

**Braucht die Schweiz** die Unternehmenssteuerreform dringend? Oder muss das Volk sie dringend ablehnen? Darüber haben gestern Abend Ständerat Hannes Germann und Nationalrätin Martina Munz debattiert.

VON ZENO GEISELER

Wie kann man an ein Ungetüm wie die Unternehmenssteuerreform III (USR III) herangehen? Sidonia Küpfer, die Leiterin des Ersten Bunds der SN und Mitglied der Redaktionsleitung, machte es gestern so: «Das ist ein schwerer Brocken, den wir versuchen in mundgerechte Stücke zu zerlegen.»

Das Bild des Zerlegens, des Kauens und des Schluckens sollte die Debatte zwischen Ständerat Hannes Germann (SVP) und Nationalrätin Martina Munz (SP) gestern Abend im Rahmen der SN-Reihe «Politik im Saal» noch ein Weilchen begleiten.

Germann sprach davon, dass ihnen die jetzt vorliegende Lösung auch nicht unbedingt geschmeckt habe. Aber der heutige Zustand mit besonders tief besteuerten Spezialgesellschaften sei nicht mehr zu halten gewesen, weshalb man eine international akzeptierte Alternative gefunden habe.

Munz sagte, sie sei grundsätzlich schon damit einverstanden, dass es eine Steuerreform brauche. Aber was jetzt vorliege, das sei schlicht unverständlich. «Eine Steuerreform, wie sie der Bundesrat ursprünglich vorge-



Hannes Germann und Martina Munz lieferten sich gestern Abend ein munteres Reduell unter der Leitung von SN-Redaktorin Sidonia Küpfer. Bild Selwyn Hoffmann

schlagen hatte, hätten wir mitgetragen. Doch dann kamen Finanzlobbyisten, und es tat sich ein Steuerloch am anderen auf.» Die Schweiz brauche keine Steuerschlupflöcher, die niemandem etwas bringen. «Der Mittelstand wird Milliardenausfälle bezahlen», warnte sie.

«Wir sind seit Jahren in einem Zustand der latenten Verunsicherung», sagte hingegen Germann. «Daraus versuchen andere Standorte Kapital zu schlagen. Ich hätte Angst, dass die Unternehmen ohne Gegenmassnahmen unser Land verlassen würden.» Munz konterte, dass die Schweiz schon jetzt der steuergünstigste Ort in Europa sei. «Wohin sollen sie denn ziehen?»

Im Übrigen sei es ja nicht so, dass die Schweiz bei einem Nein zur USR III ohne Reform dastehen würde, sagte sie. «Wir werden dann auch eine Reform haben, aber nach den Vorgaben des Bundesrats.» Schon in drei Monaten könne eine neue Vorlage auf dem Tisch liegen, und zwar ohne Steuertricks. Der Bundesrat habe seine Vorlage ja auch darauf angelegt gehabt, die Unternehmen bei uns zu behalten und international anerkannte Steuerregeln einzuführen.

## Situation in Schaffhausen

Die Diskussion bewegte sich in einem zweiten Teil auf die Situation in Schaffhausen zu. Die Kantonsregierung hatte gestern darüber informiert, wie die USR III im Kanton umgesetzt würde (siehe Artikel unten). «Wir in Schaffhausen würden einen gravierenden Fehler machen, wenn wir die

Unternehmen gefährden würden», warnte Germann. Munz hingegen war der Ansicht, dass Schaffhausen unbedingt Nein zur USR III sagen müsse. «Auf den Kanton kommen riesige Ausfälle zu.»

## Zückerchen?

Die Schaffhauser Regierung will im Rahmen der Steuerreform aber nicht nur die Unternehmenssteuern angehen, sondern auch eine Senkung für Privatpersonen einführen. «Ist das einfach ein Zückerchen?», fragte Diskussionsleiterin Küpfer. Germann fand das nicht. «Prima vista ist die kantonale Vorlage für Schaffhausen absolut massgeschneidert, ich gratuliere unserer Regierung dazu!» – «Ach woher», meinte Munz. «Damit der Mittelstand mitmacht, gibt man ihm einfach ein Goody!» Man spreche zwar immer davon, dass die Steuereinnahmen gestiegen seien und Unter-

«Prima vista ist die kantonale Vorlage für Schaffhausen massgeschneidert. Ich gratuliere der Regierung!»

Hannes Germann  
Ständerat

nehmen angesiedelt worden seien, «aber in Schaffhausen haben wir trotz all dieser Firmen schon das vierte Sparprogramm durchgeführt», sagte Munz. Frühere Steuerreformen hätten massive Ausfälle mit sich gebracht. Das wiederum wollte Germann nicht auf sich sitzen lassen. «Wir haben in der Schweiz die Steuereinnahmen von 1990 bis 2014 vervierfacht! Es gab keine Ausfälle.»

Abgerundet wurde die muntere Diskussion mit einer Fragerunde. Das Schaffhauser Fernsehen und Radio Munot strahlen die ganze Debatte in den folgenden Tagen aus.

# Zuerst Millionenausfälle, dann steigende Einnahmen

**Die Steuerreform** wird den Kanton Schaffhausen in den ersten Jahren viel Geld kosten. Langfristig aber, so verspricht die Regierung, steht Schaffhausen besser da. Und Private sollen erst noch weniger Steuern bezahlen.

In der Schweiz tobt ein Kampf um Jobs, um Firmen und um Steuermilliarden: In gut drei Wochen stimmt das Land über die Unternehmenssteuerreform III (USR III) ab. Vor allem Linke wehren sich gegen die Reform, sie sehen sie als Mittel, um Grosskonzernen und Aktionären Geld zuzuschaukeln, während der Mittelstand blutet. Die Befürworter hingegen argumentieren, dass der Standort Schweiz ohne Reform ins Hintertreffen gerät, Tausende von Jobs gefährdet sind und Steuereinnahmen schwinden.

Die Verantwortlichen im Kanton Schaffhausen schauen diesem Treiben gebannt zu. Denn von den Gesellschaften mit den steuerlichen Sonderregeln, sogenannten Statusgesellschaften, gibt es im kleinen Nordschweizer Kanton eine ganze Menge: fast 400. Diese Firmen liefern 70 Prozent aller Gewinnsteuern im Kanton ab. Auf eine noch höhere Quote kommen nur noch ganz wenige andere Kantone, nämlich Neuchâtel, Zug, Basel-Stadt und die Waadt.

Die Schaffhauser Holding-, Domizil- und gemischten Gesellschaften bieten zudem 3200 Arbeitsplätze. Viele der Angestellten wohnen im Kanton Schaffhausen, zahlen hier Steuern und geben

hier ihr Geld aus. Anders gesagt: Diese Firmen und ihre Mitarbeiter sind für die Wirtschaft und die Staatsfinanzen im Kanton ganz zentral.

## 12 bis 12,5 Prozent Steuern für alle

Für die Schaffhauser Regierung, das machte sie gestern an einer Medienorientierung klar, gibt es keine Alternative zur USR III. «Sie ist die beste Lösung, sie ist ausgewogen und zielgerichtet», sagte Regierungspräsidentin Rosmarie Widmer Gysel. Sollte die Schweiz die Reform annehmen, können

die Kantone sie in gewissen Bandbreiten in eigener Kompetenz umsetzen.

Schaffhausen würde sich von speziell tiefen Steuern für die Spezialgesellschaften verabschieden und für alle Unternehmen eine Belastung von 12 bis 12,5 Prozent anstreben. 12,5 Prozent ist der Benchmark, den Standorte wie Luzern oder Irland vorgeben. Die heutigen Statusgesellschaften würden in Schaffhausen in Zukunft zwar mehr Steuern bezahlen, aber steuerlich immer noch günstig fahren – und deshalb, so hofft der Kanton, keinen Grund

sehen, wegzuziehen. Heute ordentlich besteuerte Firmen, etwa KMU, müssten künftig sogar weniger bezahlen. Weitere Massnahmen wären die Einführung einer Patentbox (Entlastung von Erträgen aus Forschung und Entwicklung) sowie eine zinsbereinigte Gewinnsteuer auf Eigenkapital.

Das neue Steuerregime hätte Folgen: Der Kanton und seine Gemeinden müssten während fünf Jahren mit Mindereinnahmen von maximal 10,2 Millionen Franken jährlich rechnen, also etwa zwei Prozent aller Steuereinnahmen.

Nach fünf Jahren erwartet die Regierung aber deutlich steigende Einnahmen, unter anderem, weil dann ein befristeter Sondersteuersatz wegfällt.

Auch die privaten Steuerzahler sollen von der Steuerreform profitieren: Sie sollen höhere Abzüge für die Versicherungen machen dürfen und so etwa ein Prozent weniger Steuern bezahlen.

Das neue Steuergesetz soll per Anfang 2019 in Kraft treten. Zuerst hofft die Regierung jetzt auf ein Ja am 12. Februar. «Ein Nein», sagte Widmer Gysel, «käme uns teuer zu stehen.» (zge)



Die neue Regierung hat an ihrer zweiten Sitzung ihre Pläne zur Steuerreform vorgestellt: Regierungspräsidentin Rosmarie Widmer Gysel (SVP), flankiert von Martin Kessler (FDP), Christian Amsler (FDP), Ernst Landolt (SVP) und Walter Vogelsanger (SP; v.l.). Bild Selwyn Hoffmann